

Flüchtlingsintegration: Herausforderungen für deutsche Kommunen

Juli 2016

Umfrage unter 300 deutschen Kommunen

Design der Studie

- ▶ Repräsentative Befragung von Stadtkämmerern bzw. Bürgermeistern von 300 deutschen Kommunen mit mindestens 10.000 Einwohnern; Abdeckung der Grundgesamtheit: 19 Prozent
- ▶ Telefonische Befragung im Mai 2016
- ▶ Befragung durch ein unabhängiges Marktforschungsinstitut (Valid Research, Bielefeld)
- ▶ Details zum Befragungssample im Anhang

Ihre Ansprechpartner:



Prof. Dr. Bernhard Lorentz, Partner

Government & Public Sector Leader
Germany Switzerland Austria

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Telefon
+49 30 25471 18135

bernhard.lorentz@de.ey.com



Dietmar Fischer, Partner

Government & Public Sector Real Estate
Germany Switzerland Austria

Ernst & Young
Real Estate GmbH

Telefon
+49 6196 996 24547

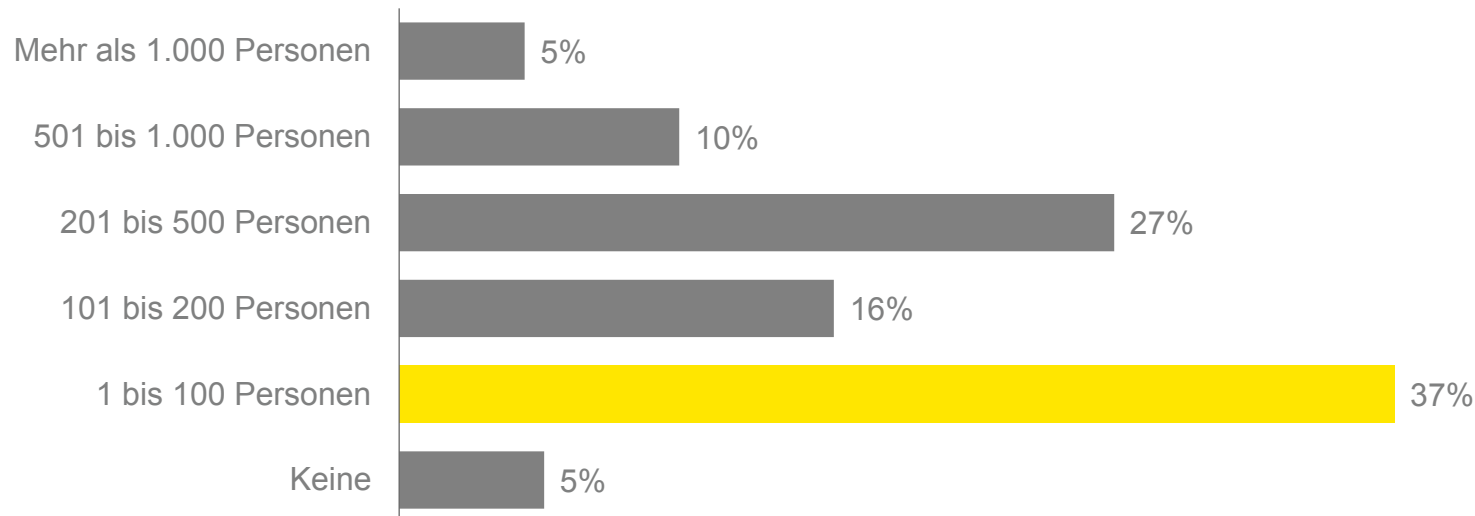
dietmar.fischer@de.ey.com

Aufgenommene und erwartete Flüchtlinge



Mehr als jede zweite Kommune hat bis April bereits mehr als 100 Flüchtlinge aufgenommen

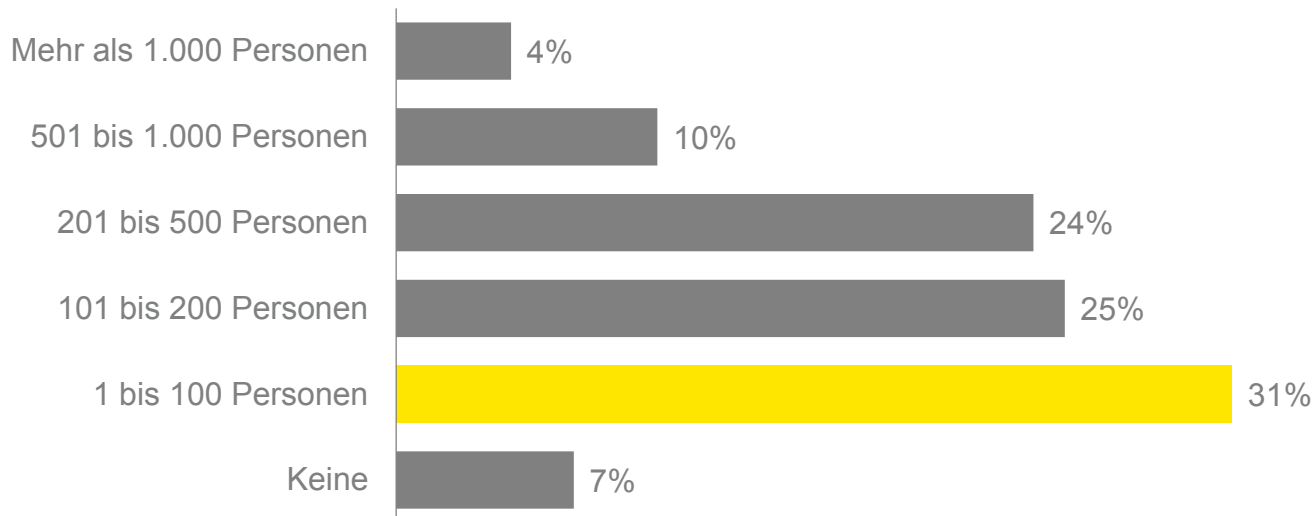
„Wie viele Flüchtlinge wurden **bis zum Stichtag 30.04.2016** seit Anfang dieses Jahres aufgenommen?“



- ▶ Nur fünf Prozent der befragten Städte und Gemeinden haben in diesem Jahr (noch) keine Flüchtlinge aufgenommen. Mehr als jede zweite Kommune – 58 Prozent – hat zum Stichtag 30.04. mehr als 100 Flüchtlinge untergebracht, jede zwanzigste sogar mehr als 1.000.
- ▶ Auf das gesamte Bundesgebiet hochgerechnet, haben demnach 78 deutsche Städte und Gemeinden jeweils mehr als 1.000 Flüchtlinge aufgenommen.

Gut jede dritte Gemeinde rechnet bis Jahresende mit mehr als 200 weiteren Flüchtlingen

„Wie viele Flüchtlinge werden von heute (Stichtag: 01.05.2016) bis zum Jahresende 2016 noch erwartet?“*



- ▶ Die Mehrheit der Kommunen – 63 Prozent – rechnet damit, im Zeitraum Mai bis Dezember 2016 mehr als 100 Flüchtlinge unterbringen zu müssen; immerhin 38 Prozent der befragten Kommunen gehen sogar von mehr als 200 Personen aus.
- ▶ Hochgerechnet immerhin 62 Kommunen in Deutschland rechnen mit der Aufnahme von jeweils mindestens 1.000 weiteren Flüchtlingen bis Jahresende.

Rundungsdifferenzen möglich

Die Kommunen rechnen für 2016 mit etwa 733.000 Flüchtlingen

„Wie viele Flüchtlinge wurden **bis zum Stichtag 30.04.2016** seit Anfang dieses Jahres aufgenommen?“ und:
„Wie viele Flüchtlinge werden von heute (Stichtag: 01.05.2016) **bis zum Jahresende 2016** noch erwartet?“

HOCHRECHNUNG¹

Bis 30.04. aufgenommen

364.300

Bis Jahresende noch erwartet

368.500

Gesamtjahr 2016

732.800

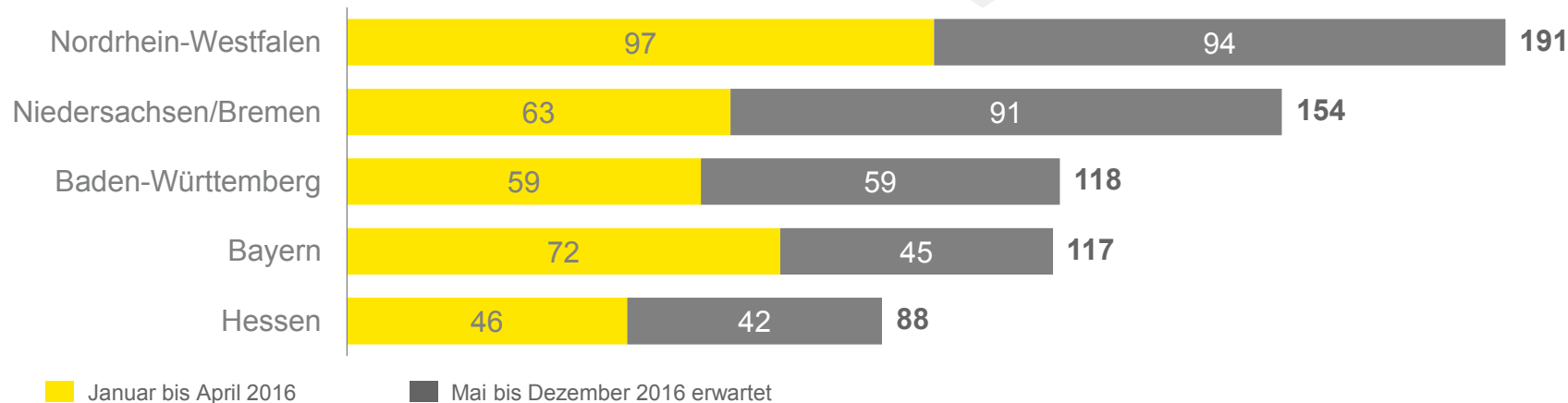
- ▶ Bislang haben die Kommunen (mit mindestens 10.000 Einwohnern) zum Stichtag 30.04. hochgerechnet insgesamt 364.300 Flüchtlinge im laufenden Jahr aufgenommen, das entspricht etwa 0,6 Prozent ihrer Einwohnerzahl. Bis Jahresende wird mit der Ankunft von weiteren 368.500 Flüchtlingen gerechnet.
- ▶ Die Gesamtzahl der in diesem Jahr erwarteten Flüchtlinge summiert sich damit auf 732.800 Personen, was einem Wachstum der Einwohnerzahl um 1,2 Prozent entspräche.

¹ Berechnung für die deutschen Kommunen (nur Städte und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern) auf der Basis der Einschätzungen der Befragten zu den für 2016 bereits eingetretenen bzw. noch erwarteten Flüchtlingszahlen

Allein NRW-Kommunen erwarten Aufnahme von fast zweihunderttausend Flüchtlingen

„Wie viele Flüchtlinge wurden **bis zum Stichtag 30.04.2016** seit Anfang dieses Jahres aufgenommen?“ und:
„Wie viele Flüchtlinge werden von heute (Stichtag: 01.05.2016) **bis zum Jahresende 2016** noch erwartet?“

HOCHRECHNUNG¹ (Angaben in Tsd.)



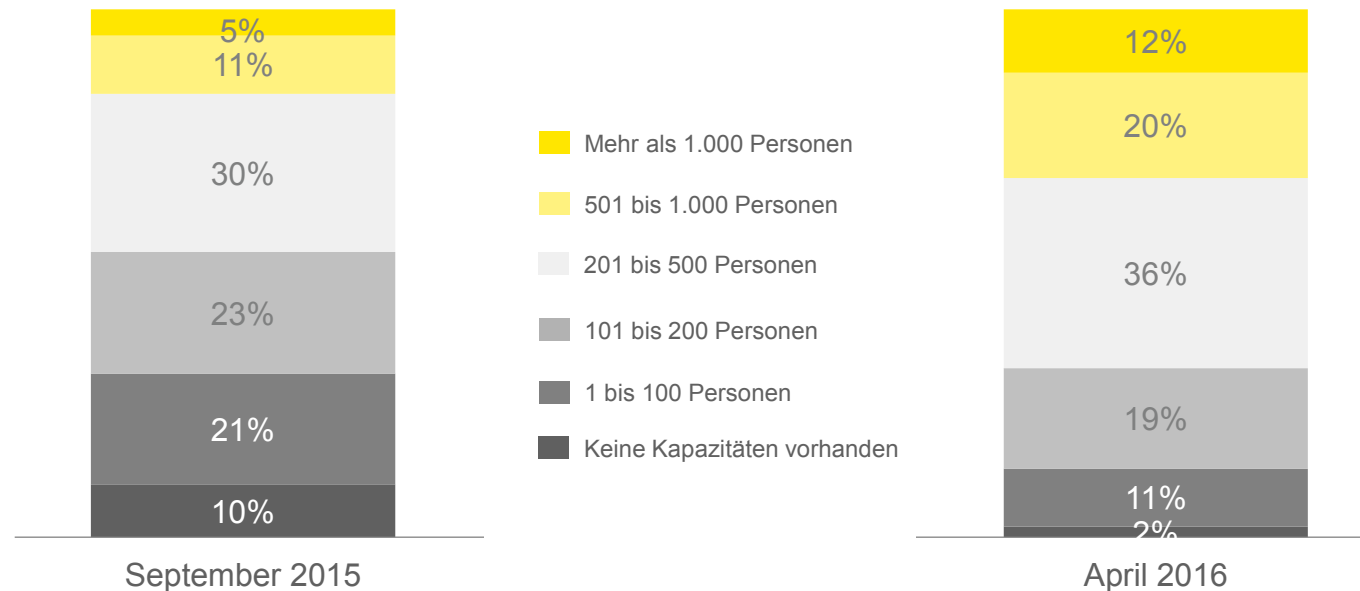
- ▶ Bezogen auf die Bevölkerungszahl nehmen in diesem Jahr die bayerischen, hessischen und niedersächsischen Kommunen die meisten Flüchtlinge auf – auf 100 Einwohner kommt ein Flüchtling. In Baden-Württemberg liegt der Anteil bei 0,8 Prozent und in Nordrhein-Westfalen bei 0,6 Prozent. (Alle Angaben basieren auf Hochrechnungen auf der Basis der Antworten der Kommunen im jeweiligen Bundesland.)

¹ Berechnung für die Kommunen im jeweiligen Bundesland (nur Städte und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern) auf der Basis der Einschätzungen der Befragten zu den für 2016 bereits eingetretenen bzw. noch erwarteten Flüchtlingszahlen

Bundesweit haben zwei von drei Kommunen eine Aufnahmekapazität von mehr als 200



„Für die Aufnahme wie vieler Flüchtlinge sind Ihre Kapazitäten aktuell ausgelegt?“



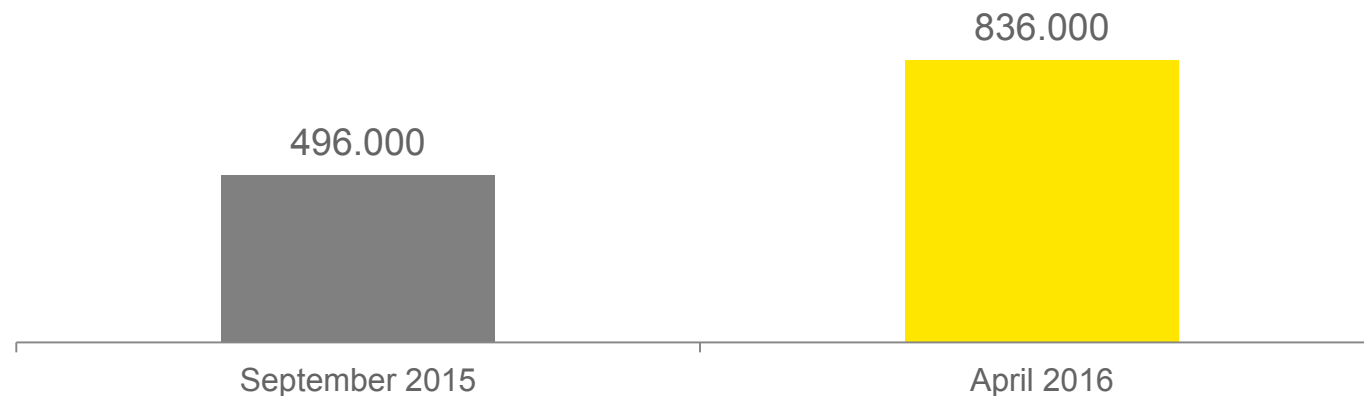
- ▶ Nur noch jede fünfzigste Kommune gibt an, derzeit keine Kapazitäten für die Aufnahme von Flüchtlingen zu haben. Im Vorjahr lag der Anteil mit 10 Prozent noch deutlich höher.
- ▶ Hochgerechnet halten derzeit bundesweit 187 Kommunen (Vorjahr: 78 Kommunen) Kapazitäten für mindestens 1.000 Flüchtlinge vor.

Kapazitäten seit September 2015 deutlich gestiegen



„Für die Aufnahme wie vieler Flüchtlinge sind Ihre **Kapazitäten** aktuell ausgelegt?“

HOCHRECHNUNG¹



- ▶ Zum Stichtag 30.04.2016 verfügten die Städte und Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern über Kapazitäten zur Unterbringung von hochgerechnet 836.000 Personen. Damit stiegen die Kapazitäten seit Herbst 2015 um 69 Prozent.

¹ Berechnung für die Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern auf der Basis der Einschätzungen der Befragten zum 30.09.2015 und zum 30.04.2016

Bis Jahresende werden noch gut 460.000 Plätze benötigt



„Für die Aufnahme wie vieler Flüchtlinge sind Ihre Kapazitäten aktuell ausgelegt?“

HOCHRECHNUNG¹

Aktuell vorhandene **Kapazitäten¹**

836.000

Zugänge von Asylsuchenden seit Januar 2015 bis heute² und **bis Jahresende noch erwartete Zahl³**

931.000

369.000

1.300.000

Aktuelle und bis Jahresende zu erwartende Unter-/Übersorgung mit Unterbringungskapazitäten

95.000

369.000

464.000

- ▶ Aktuell sind die Kommunen auf die Aufnahme/Unterbringung von insgesamt rund 836.000 Flüchtlingen vorbereitet. Seit Januar 2015 bis heute sind allerdings schon 931.000 Zugänge von Asylsuchenden im EASY-System registriert worden. Es fehlen derzeit also Kapazitäten zur Unterbringung von etwa 95.000 Flüchtlingen.
- ▶ Bis Jahresende werden voraussichtlich insgesamt noch rund 464.000 Kapazitäten benötigt.

¹ Berechnung für die Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern auf der Basis der Einschätzungen der Befragten zum 30.04.2016

² Berechnung für die Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern auf der Basis der von Januar 2015 bis April 2016 im **EASY-System** für Gemeinden aller Größenklassen registrierten 1.281.542 Zugänge von Asylsuchenden

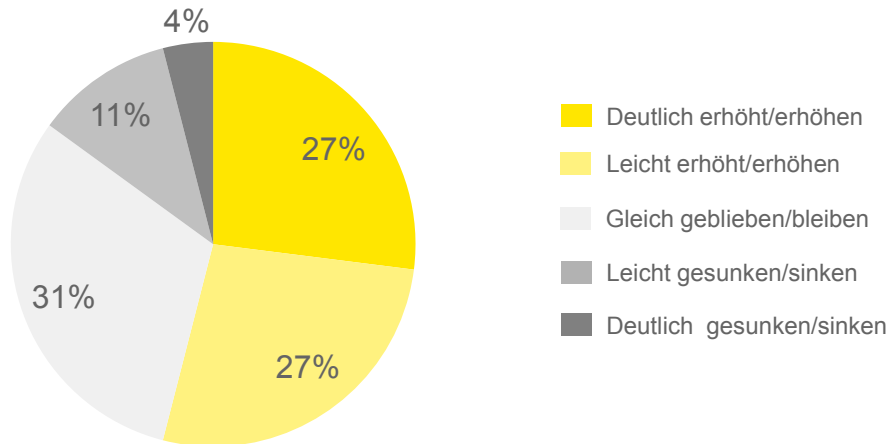
³ Berechnung für die Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern auf der Basis der Einschätzungen der Befragten zu den für 2016 noch erwarteten Flüchtlingszahlen

Administration und Finanzierung

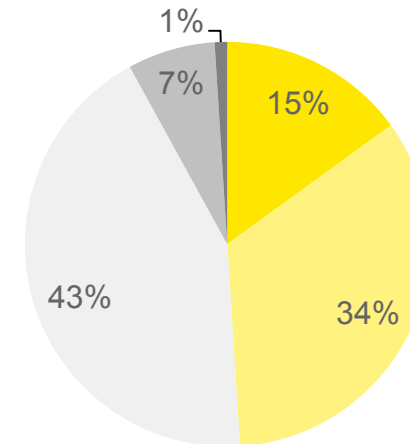


Administrativer Aufwand hat sich zuletzt erhöht und soll weiter steigen

„Wie hat sich in den vergangenen Monaten der administrative Aufwand für Ihre Kommune im Zusammenhang mit der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen entwickelt?“



„Wie wird sich der administrative Aufwand für Ihre Kommune im Zusammenhang mit der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in den kommenden Monaten entwickeln?“



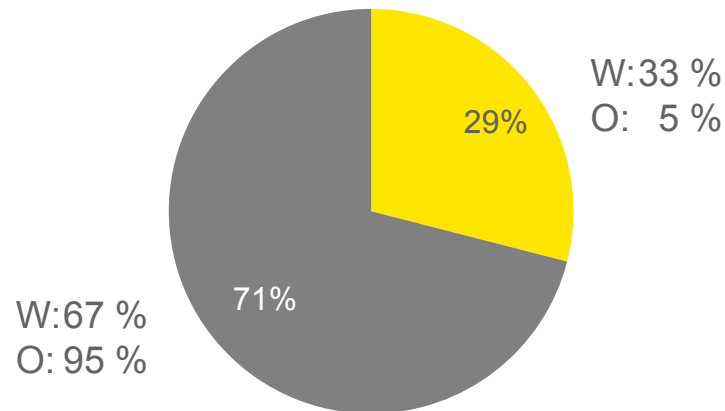
- ▶ Mehr als jede zweite der befragten Kommunen gibt an, dass sich in den vergangenen Monaten der administrative Aufwand im Zusammenhang mit der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen erhöht habe, für gut jede vierte sogar „deutlich“. Nur 15 Prozent der Kommunen berichten von einem insgesamt gesunkenen Aufwand.
- ▶ Für den weiteren Jahresverlauf geht jede zweite Kommune von einem (weiter) steigenden administrativen Aufwand aus; nur acht Prozent rechnen mit einer sinkenden Arbeitsbelastung.

¹ Berechnung für die deutschen Kommunen (nur Städte und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern)

Jede dritte westdeutsche Kommune muss 2016 zusätzliche Schulden machen



„Rechnen Sie damit, dass Ihre Kommune im laufenden Jahr aufgrund der Kosten für Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung zusätzliche Schulden machen muss?“



■ Ja (zusätzliche Schulden) ■ Nein (keine zusätzlichen Schulden)



„Wie hoch werden die Schulden in etwa sein?“

HOCHRECHNUNG 2016¹ für Deutschland

**1,1
Milliarden
Euro**

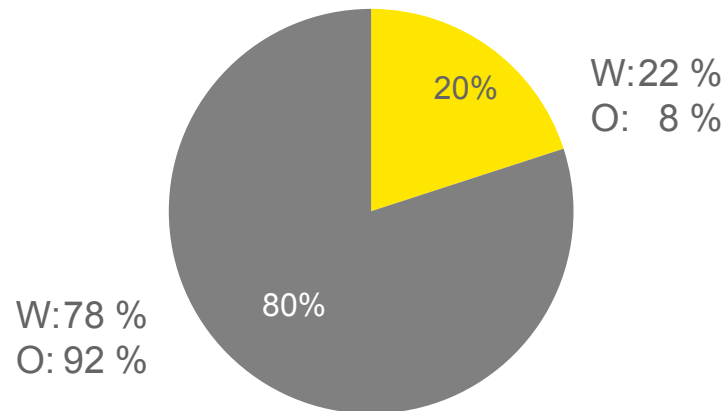
- ▶ Angesichts der erheblichen Kosten für die Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung rechnen rund drei von zehn Kommunen damit, zusätzliche Schulden machen zu müssen – in den westdeutschen Ländern sogar jede dritte. Hochgerechnet gehen die Kommunen von zusätzlichen Schulden in Höhe von 1,1 Milliarden Euro aus – bei einem Schuldenstand aller Kommunen (zum 30.12.2015) von 145 Milliarden Euro.

¹ Berechnung für die deutschen Kommunen (nur Städte und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern)

2017 muss bundesweit jede fünfte Kommune zusätzliche Schulden machen



„Rechnen Sie damit, dass Ihre Kommune 2017 aufgrund der Kosten für Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung zusätzliche Schulden machen muss?“



■ Ja (zusätzliche Schulden) ■ Nein (keine zusätzlichen Schulden)



„Wie hoch werden die Schulden in etwa sein?“

HOCHRECHNUNG 2017¹ für Deutschland

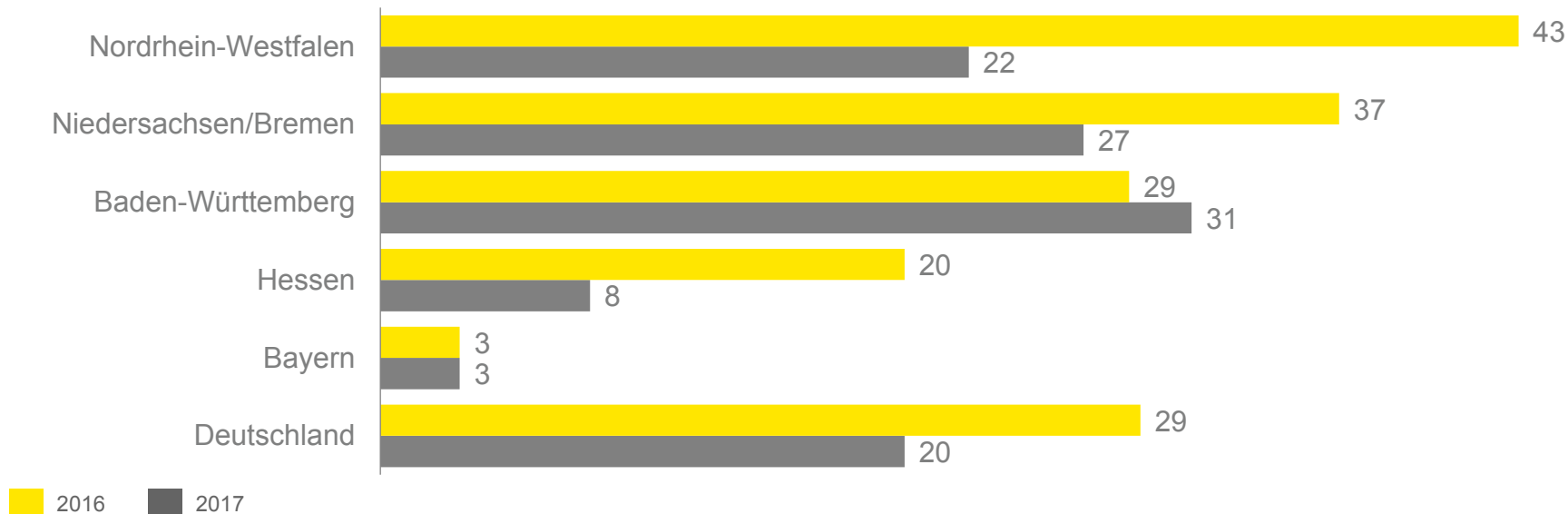
672
Millionen
Euro

- ▶ Für das kommende Jahr rechnet nur noch jede fünfte Kommune mit zusätzlichen Schulden – hochgerechnet soll die Verschuldung um rund 0,7 Milliarden Euro steigen.

¹ Berechnung für die deutschen Kommunen (nur Städte und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern)

Gut zwei von fünf NRW-Kommunen müssen 2016 zusätzliche Schulden machen

„Rechnen Sie damit, dass Ihre Kommune **im laufenden Jahr bzw. 2017** aufgrund der Kosten für Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung zusätzliche Schulden machen muss?“

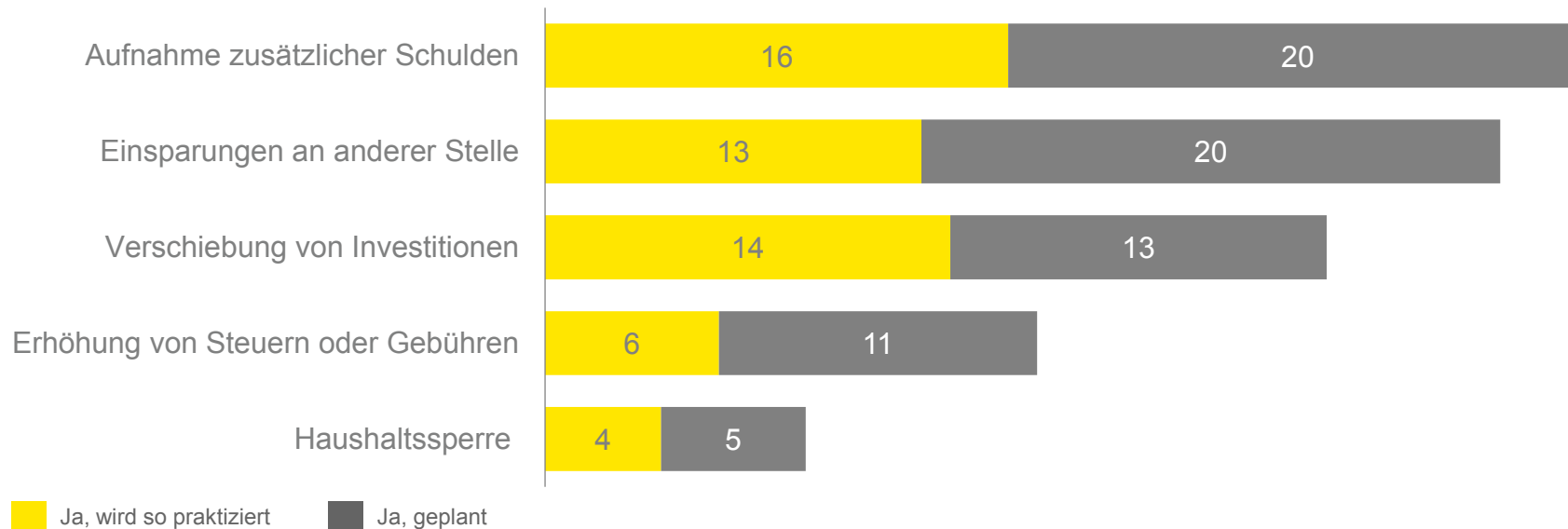


- ▶ In Nordrhein-Westfalen ist der Anteil an Kommunen, die 2016 wegen der Kosten für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen zusätzliche Schulden machen müssen, mit 43 Prozent besonders hoch, in Bayern mit nur 3 Prozent besonders niedrig. Für 2017 rechnen besonders die niedersächsischen Kommunen mit einer zusätzlichen Verschuldung.

Angaben in Prozent

Zusätzliche Ausgaben sollen vor allem über neue Schulden finanziert werden

„Wie reagiert Ihre Kommune auf eventuelle zusätzliche finanzielle Belastungen, die durch die Aufnahme von Flüchtlingen entstehen?“ (Mehrfachnennungen möglich)



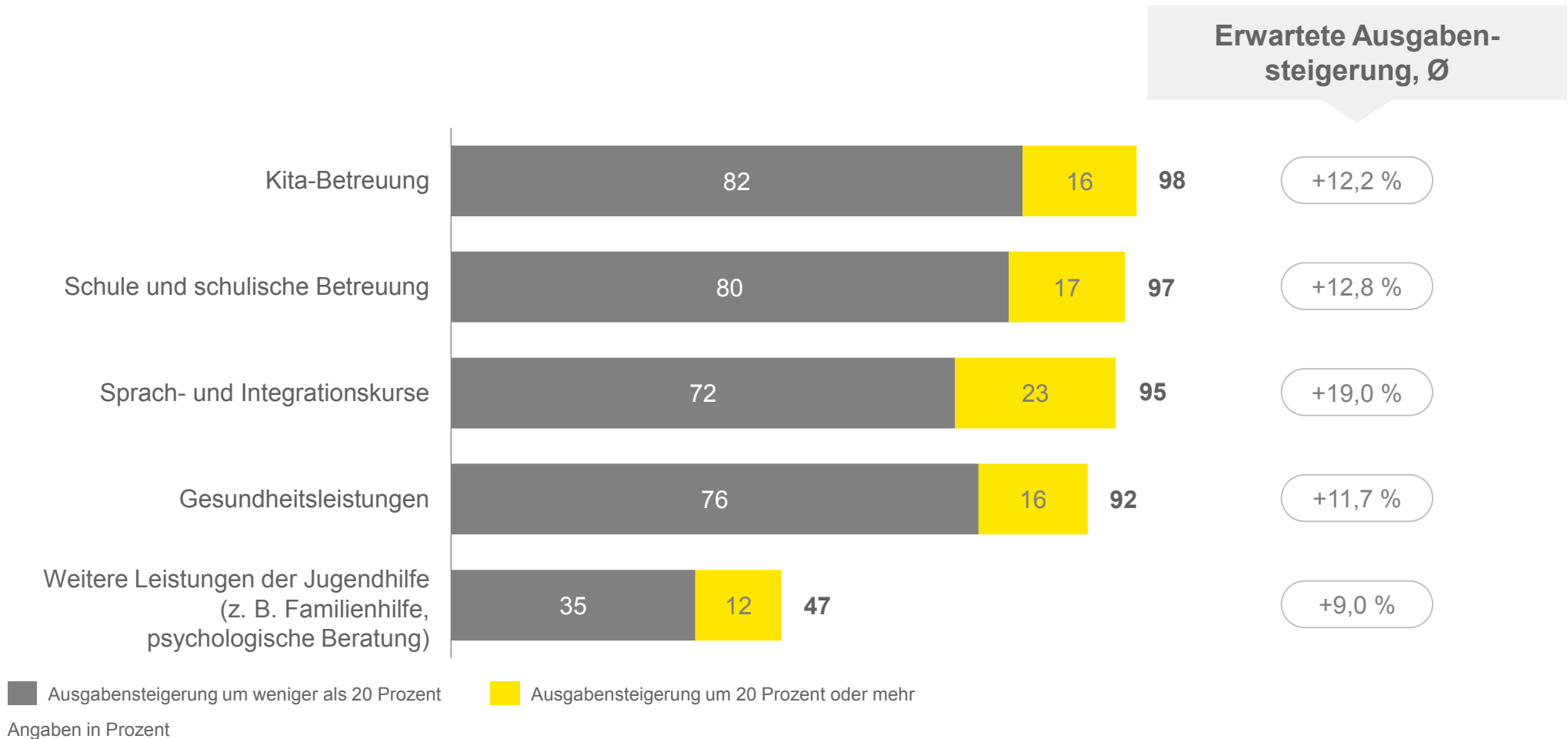
- ▶ Neben der Aufnahme neuer Schulden reagieren die Kommunen vor allem mit Einsparungen an anderer Stelle auf die zusätzlichen Kosten, die durch die Aufnahme von Flüchtlingen entstehen.
- ▶ Direkte Auswirkungen auf die Bürger in Form von Steuer- oder Gebührenerhöhungen sind vorläufig eher selten und dürften dies auch bleiben: nur jede 16. Gemeinde praktiziert dies bereits, jede neunte Gemeinde plant derartige Maßnahmen.

Angaben in Prozent

Kommunen erwarten deutliche Ausgabensteigerungen in mehreren Leistungsbereichen



„In welchen kommunalen Leistungsbereichen werden aufgrund des Flüchtlingszuzugs 2015/2016 zusätzliche Ausgabensteigerungen erwartet?“ (Mehrfachnennungen möglich)



Bereitstellung von Wohnraum

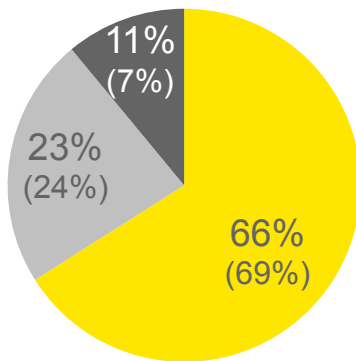


Aufnahme meist durch Kommune selbst – Betreuung mit Unterstützung durch Externe



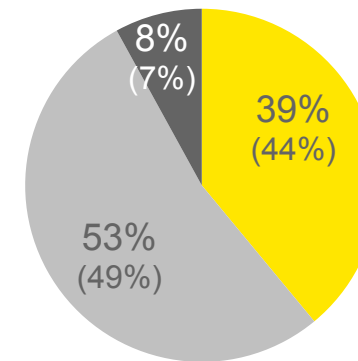
„Die **Koordination der Aufnahme** der Flüchtlinge erfolgt durch ...?“

Aufnahme



„Die **Betreuung** der Flüchtlinge erfolgt durch ...?“

Betreuung



■ Kommune selbst ■ Kommune mit Unterstützung externer Dritter ■ Komplette Vergabe / Outsourcing an externe Organisation

- ▶ Zwei von drei Kommunen schaffen die Koordination der Flüchtlingsaufnahme derzeit ganz mit eigenen Kräften, fast jede vierte Kommune zieht die Unterstützung externer Dritter hinzu. Jede neunte Kommune hat die Koordination der Aufnahme komplett ausgelagert.
- ▶ Bei der anschließenden Betreuung der Flüchtlinge werden hingegen mehrheitlich externe Dienstleister hinzugezogen.

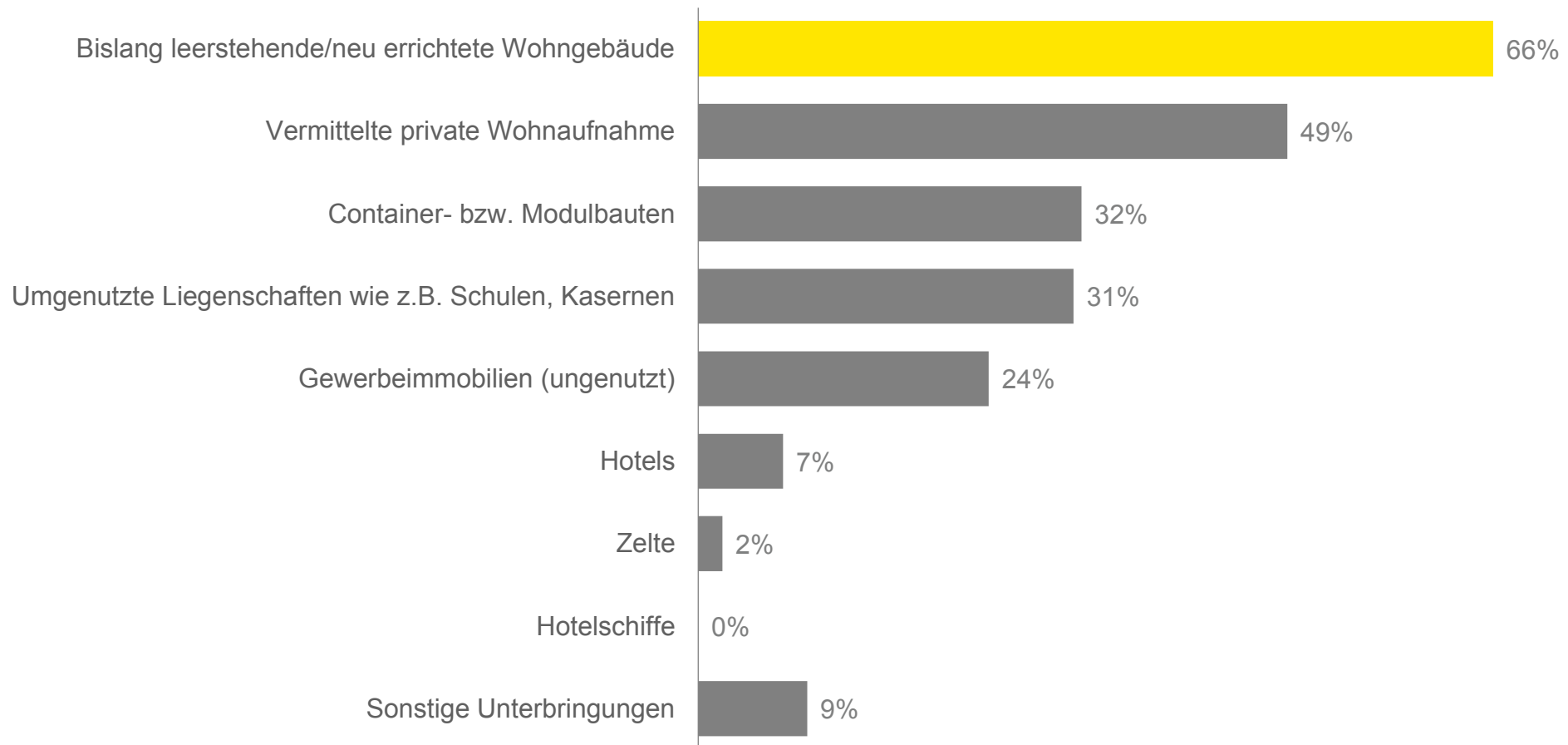
September 2015-Werte in Klammern

Die meisten Kommunen setzen auf Wohngebäude



„Wo sind die Flüchtlinge **derzeit** untergebracht?“

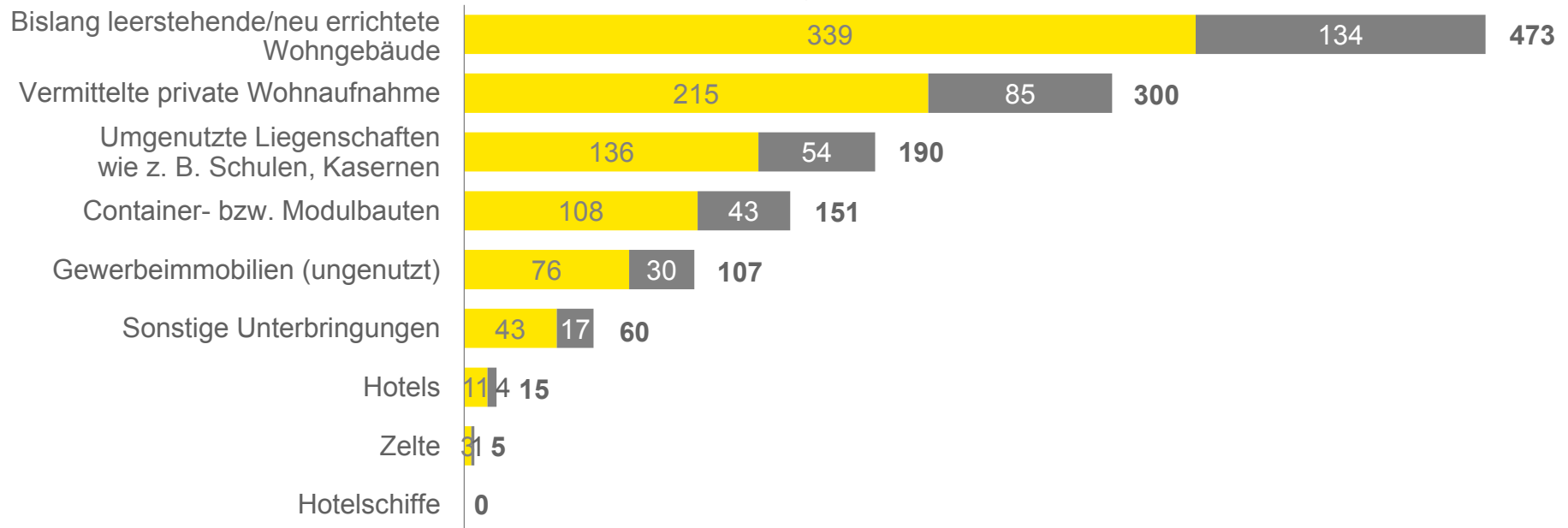
(Anteil der Kommunen, die Flüchtlinge in den folgenden Unterkünften unterbringen); Mehrfachnennungen möglich



Zum Jahresende sollen fast eine halbe Million Personen in Wohngebäuden untergebracht sein

 Anzahl der Flüchtlinge, die in den folgenden Unterkünften untergebracht **sind** bzw. **sein werden**

HOCHRECHNUNG¹ für Deutschland² (Angaben in Tsd.)



■ Aktueller Stand Anfang Mai 2016 ■ Bis Jahresende 2016 noch erwartet

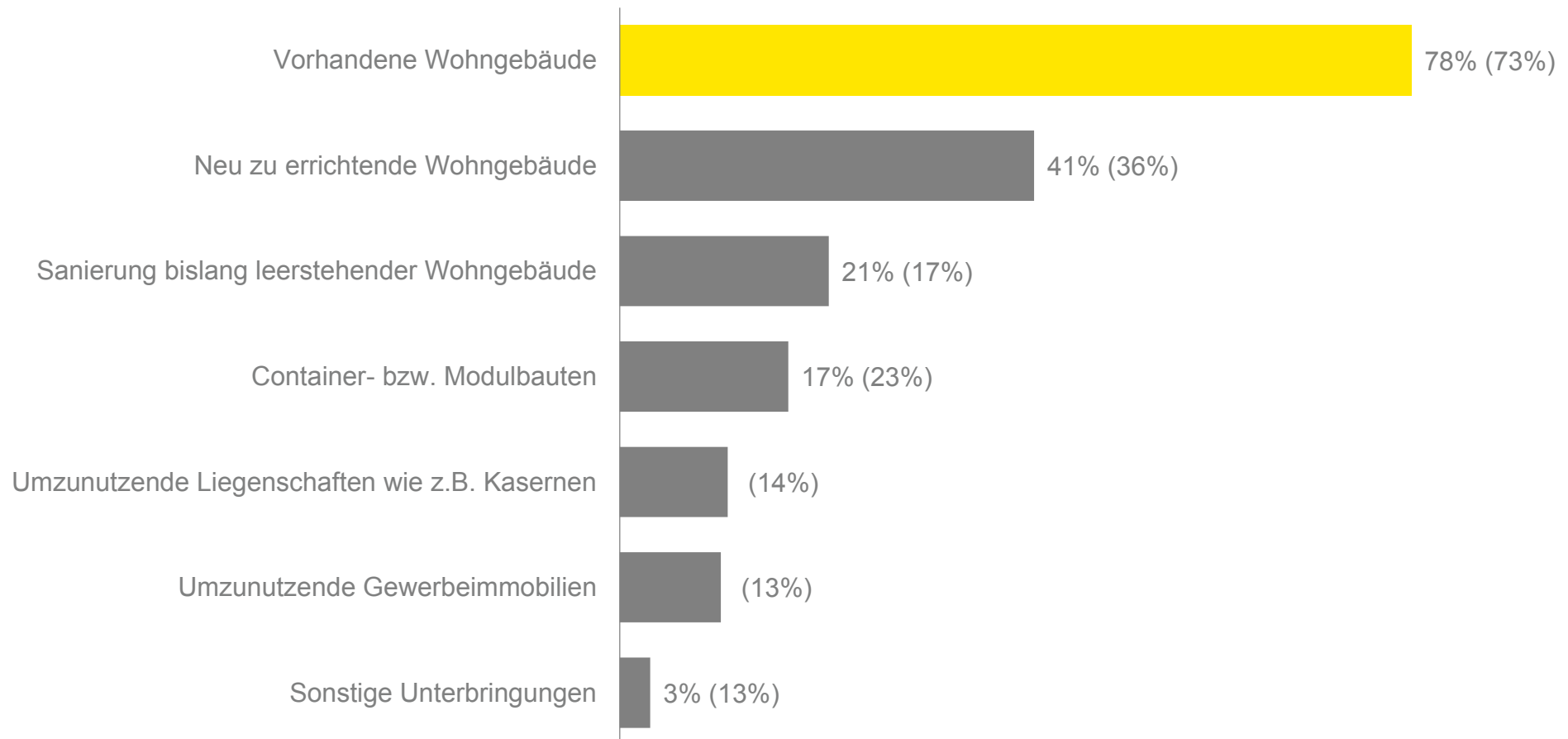
¹ Berechnung für die Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern auf der Basis der von Januar 2015 bis April 2016 im **EASY-System** für Gemeinden aller Größenklassen registrierten 1.281.542 Zugänge von Asylsuchenden sowie für den weiteren Jahresverlauf 2016 auf der Basis der Einschätzungen der Befragten zu den für 2016 noch erwarteten Flüchtlingszahlen

² Rundungsdifferenzen: Aufgrund von Rundungen weichen die einzelnen Werte möglicherweise von den jeweiligen Summen ab und weichen die Gesamtsummen der zu Anfang April 2016 untergebrachten bzw. bis zum Jahresende noch erwarteten unterzubringenden Flüchtlinge geringfügig von den entsprechenden auf Seite 10 genannten Gesamtsummen ab.

Zwei von fünf Kommunen planen Neubau von Wohngebäuden zur Unterbringung



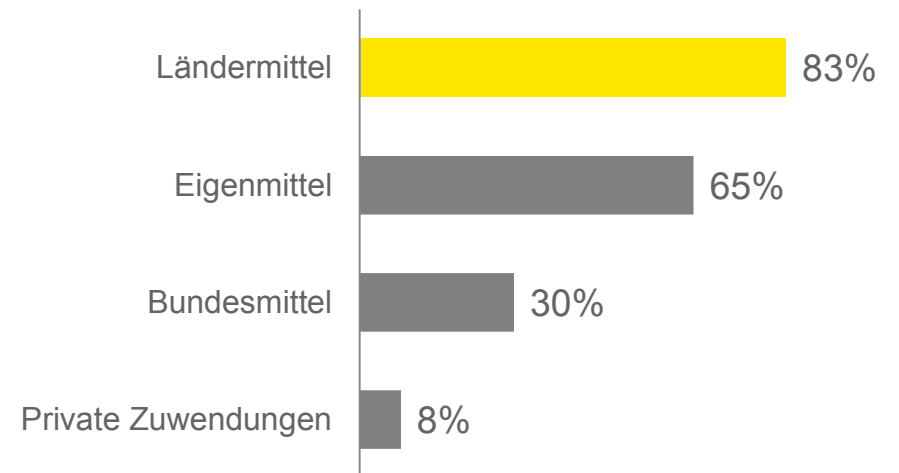
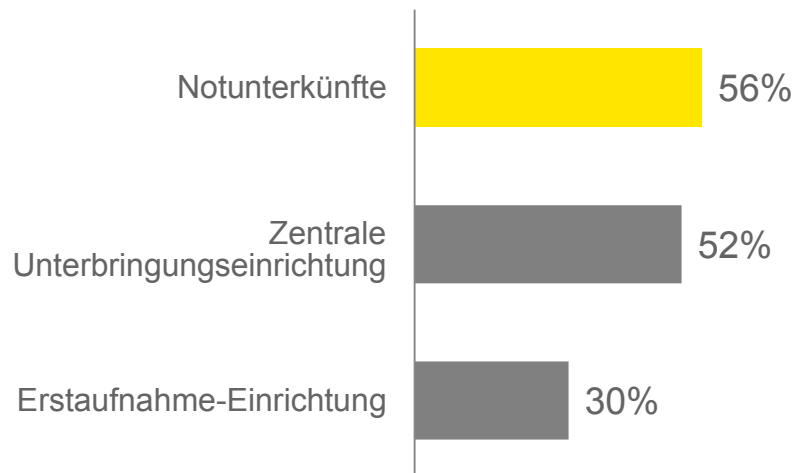
„Wie beabsichtigen Sie die Flüchtlinge **in den nächsten Jahren** unterzubringen?“
Anteil der Kommunen, die Flüchtlinge in den folgenden Unterkünften unterbringen; Mehrfachnennungen möglich
(Vorjahreswerte in Klammern)



Weniger als jede dritte Kommune erhält Bundesmittel zur Finanzierung der Unterkünfte

„Welche **Einrichtungen** stellen Sie zur Verfügung?“

„Die **Finanzierung** von Unterbringungseinrichtungen erfolgt durch ...?“



- ▶ Mehr als die Hälfte der Kommunen verfügt über Notunterkünfte, gut jede zweite Kommune über (mindestens) eine zentrale Unterbringungseinrichtung.
- ▶ Mehr als 4 von 5 Kommunen finanzieren ihre Unterbringungseinrichtung aus Ländermitteln, fast 2 von 3 Kommunen verwenden Eigenmittel. Bei weniger als jeder dritten Kommune erfolgt die Finanzierung aus Bundesmitteln.

Vier von fünf Kommunen wollen dauerhaft angemietete Räumlichkeiten nutzen



„Die **dauerhafte Unterbringung** von Flüchtlingen soll in Zukunft erfolgen in?“

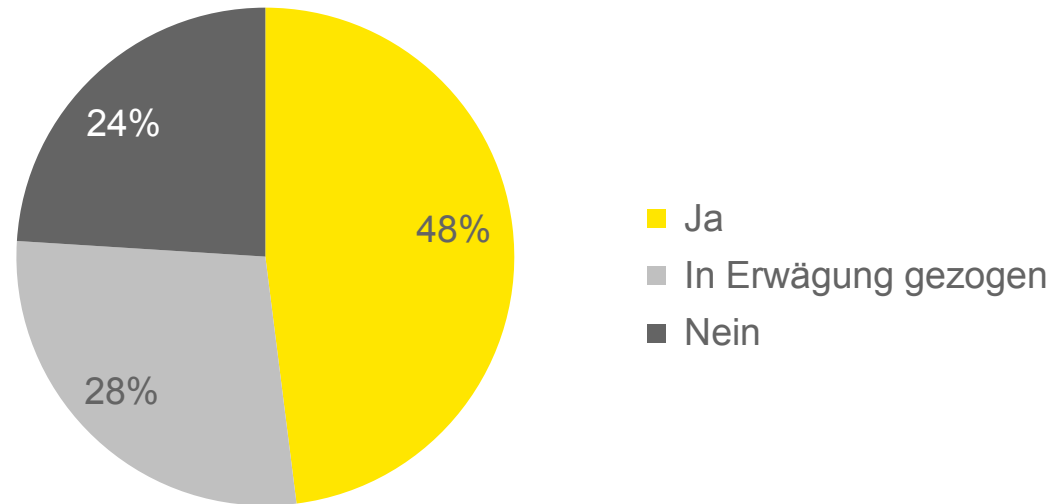


- ▶ Die große Mehrheit der Kommunen plant, Flüchtlinge dauerhaft in angemieteten Räumlichkeiten unterzubringen.
- ▶ 2 von 3 Kommunen wollen dauerhaft (auch) kommunaleigene Räumlichkeiten zur Unterbringung nutzen..

Drei von vier Kommunen für Zusammenarbeit mit privater Immobilienwirtschaft offen



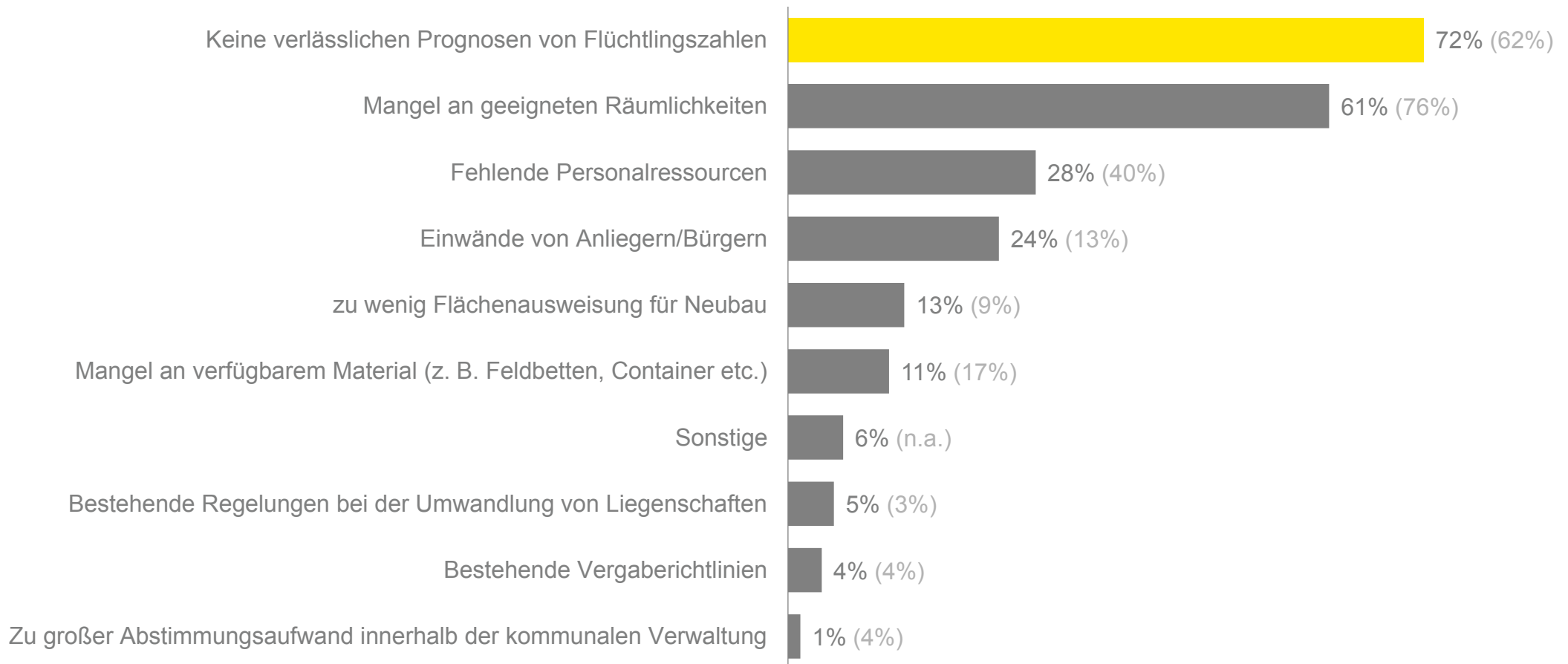
„Kommt für Sie bei der Bereitstellung von Flächen eine **Zusammenarbeit mit der privaten Immobilienwirtschaft** (private Investoren/ÖPP) in Frage?“



- ▶ Fast jede zweite Kommune ist in Bezug auf die Bereitstellung von Flächen uneingeschränkt offen für eine Zusammenarbeit mit der privaten Immobilienwirtschaft. Gut jede vierte Kommune zieht eine solche in Erwägung.
- ▶ Nur rund jede vierte Kommune lehnt eine Zusammenarbeit mit der privaten Immobilienwirtschaft bei der Bereitstellung von Flächen ab.

Größtes Bereitstellungshindernis: Keine verlässlichen Prognosen von Flüchtlingszahlen

„Was sind die größten Hindernisse/Probleme bei der Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten?“
Mehrfachnennungen möglich



Details zur Stichprobe



Stichprobe

Verteilung der Stichprobe nach Bundesländern

Bundesland	Zahl der befragten Kommunen	Gesamtzahl der Kommunen ¹ in Bundesland	Abdeckung
Baden-Württemberg	42	245	17 %
Bayern	33	222	15 %
Brandenburg	8	67	12 %
Hessen	25	165	15 %
Mecklenburg-Vorpommern	3	21	14 %
Niedersachsen/Bremen	41	200	21 %
Nordrhein-Westfalen	100	339	29 %
Rheinland-Pfalz	9	44	20 %
Saarland	5	40	13 %
Sachsen	15	68	22 %
Sachsen-Anhalt	7	58	12 %
Schleswig-Holstein	8	53	15 %
Thüringen	4	33	12 %

Verteilung der Stichprobe nach Gemeindegrößenklasse

Einwohnerzahl	Zahl der befragten Kommunen	Gesamtzahl der Kommunen ² in Deutschland	Abdeckung
> 200.000	14	39	36 %
100.000-200.000	18	37	49 %
50.000-100.000	33	106	31 %
20.000-50.000	178	496	36 %
10.000-20.000	57	879	6 %
> 10.000	300	1.558	19 %

¹ Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern | ² Ohne Stadtstaaten

Die globale EY-Organisation im Überblick

Die globale EY-Organisation ist einer der Marktführer in der Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Transaktionsberatung und Managementberatung. Mit unserer Erfahrung, unserem Wissen und unseren Leistungen stärken wir weltweit das Vertrauen in die Wirtschaft und die Finanzmärkte. Dafür sind wir bestens gerüstet: mit hervorragend ausgebildeten Mitarbeitern, starken Teams, exzellenten Leistungen und einem sprichwörtlichen Kundenservice. Unser Ziel ist es, Dinge voranzubringen und entscheidend besser zu machen – für unsere Mitarbeiter, unsere Mandanten und die Gesellschaft, in der wir leben. Dafür steht unser weltweiter Anspruch „Building a better working world“.

Die globale EY-Organisation besteht aus den Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited (EYG). Jedes EYG-Mitgliedsunternehmen ist rechtlich selbstständig und unabhängig und haftet nicht für das Handeln und Unterlassen der jeweils anderen Mitgliedsunternehmen. Ernst & Young Global Limited ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach englischem Recht und erbringt keine Leistungen für Mandanten. Weitere Informationen finden Sie unter www.ey.com.

In Deutschland ist EY an 21 Standorten präsent. „EY“ und „wir“ beziehen sich in dieser Publikation auf alle deutschen Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited.

Diese Publikation ist lediglich als allgemeine, unverbindliche Information gedacht und kann daher nicht als Ersatz für eine detaillierte Recherche oder eine fachkundige Beratung oder Auskunft dienen. Obwohl sie mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurde, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität; insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalls Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt damit in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung seitens der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und/oder anderer Mitgliedsunternehmen der globalen EY-Organisation wird ausgeschlossen. Bei jedem spezifischen Anliegen sollte ein geeigneter Berater zurate gezogen werden.

©2016 Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
All Rights Reserved.

www.de.ey.com